

FAQs zum Umgang mit dem aktuellen Konflikt in Israel und Gaza

(30.10.2023; Dr. Beate Sträter, Michael Schäfer)

1. Wie kann ich mit Kindern und Jugendlichen über den aktuellen Konflikt reden?

Je nach Zusammensetzung einer Lerngruppe oder einer Jugendgruppe sollten alle die Möglichkeit haben, angstfrei über ihre Gefühle angesichts des aktuellen Konflikts zu sprechen. Gerade in pädagogischen Kontexten ist eine vertrauensvolle und sichere Atmosphäre die Voraussetzung für weitere Aufklärungsarbeit gegen Antisemitismus.

Jüdische Kinder sehen sich Anfeindungen ausgesetzt und fühlen sich an ihrer Schule nicht mehr sicher. Hier ist eine klare und eindeutige Intervention nötig, auch sollten jüdischen Schüler*innen feste Ansprechpartner*innen an der Schule haben, denen sie sich anvertrauen können und die ihr Anliegen ernst nehmen. Für das Vorgehen bei antisemitischen Vorfällen sollte es klare und allen bekannten Verfahrenswege geben.

Muslimische Kinder und Jugendliche fühlen sich in Haftung genommen, oft auch durch ihre eigenen familiären Hintergründe. Gleichzeitig erleben sie Diskriminierung und Ausgrenzung aufgrund ihrer Religion oder ihrer Herkunft. Zu bedenken ist auch, dass Kinder und Jugendliche mit Fluchtgeschichte und eigenen Kriegserfahrungen Retraumatisierungen erleben können.

Umfangreiches Material zum Umgang mit dem Thema in der Schule findet sich auf der Taskcard des PTI

2. Wie kann ich mit jüdischen Gemeinden in Kontakt kommen?

In den meisten Städten, in denen es jüdische Gemeinden gibt, findet sich auch eine Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Ansonsten können auch die Synodalbeauftragten für das christlich-jüdische Gespräch Auskunft geben.

Wenn Sie nicht schon in Kontakt zu einer jüdischen Gemeinde in Ihrer Nachbarschaft stehen, lassen sich zahlreiche Adressen auf der Internetseite des Zentralrates der Juden finden:

<https://www.zentralratderjuden.de/vor-ort/gemeinden/>

3. Wie kann ich mit muslimischen Gesprächspartnern in Kontakt kommen?

Wenn es nicht bereits Kontakte zu Moscheegemeinden gibt, so können die Synodalbeauftragten für das christlich-muslimische Gespräch Auskunft geben und unterstützen.

4. Was ist damit gemeint, dass Israels Sicherheit zur deutschen Staatsräson gehört?

Nach der Shoah, dem Aufbau eines demokratischen Deutschlands und der beginnenden Auseinandersetzung mit der deutschen Schuld begann in Deutschland das Bewusstsein zu wachsen, dass die Sicherheit eines jüdischen Staates als Zufluchtsort für alle jüdische Menschen zur deutschen Verantwortungsübernahme unbedingt dazugehört. Es dauerte bis in die 60er Jahre, dass diplomatische Beziehungen zum Staat Israel aufgenommen wurden. In den folgenden Jahrzehnten wuchs auch unter israelischen Menschen die Bereitschaft, wieder Beziehungen zu deutschen Gesprächspartnern aufzunehmen, so dass ein intensives Netz von Beziehungen wuchs. Die Einsicht, dass Deutschland für die Sicherheit jüdischer Menschen besondere Verantwortung trägt, brachte Bundeskanzlerin Angela Merkel erstmals in dem Begriff von der Sicherheit Israels als Staatsräson Deutschlands zum Ausdruck.

5. Was ist unsere Position als evangelische Kirche?

Mit dem Rheinischen Synodalbeschluss von 1980 formulierte die Synode der EKIR den häufig missverstandenen Satz, „dass die Fortexistenz des jüdischen Volkes, seine Heimkehr ins Land und auch die Errichtung des Staates Israel Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk“ sind. Der Staat Israel dient als Schutzraum für jüdisches Leben.

Darüber hinaus hat sich die EKIR immer auch für die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes auf ein Leben in Frieden und Sicherheit eingesetzt (Stichwort: Doppelte Solidarität). Auf der Landessynode 2016 fasste sie einen Beschluss, in dem sie gegenüber unserer Bundesregierung für die Zwei-Staaten-Lösung eintritt.

Der aktuelle Krieg ist durch den blutrünstigen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober ausgelöst worden. Mehr als 1.400 Menschen wurden bei diesem Massaker ermordet. Mehr als 200 Geiseln befinden sich noch immer in der Gewalt der Hamas. Präses Latzel hat im Namen unserer Rheinischen Kirche am 8. Oktober den Menschen in Israel und den jüdischen Gemeinden in unserer Nachbarschaft unser tief empfundenes Mitleid und unsere Solidarität versichert.

6. Darf man die Rolle Israels im Konflikt mit den Palästinensern nicht kritisieren?

Hier ist es wichtig zu unterscheiden, ob es sich um eine pauschale Kritik an Israel oder an einer aktuellen israelischen Regierung handelt. Die israelische Gesellschaft ist von einer großen Vielfalt geprägt, auch was ihre politischen Ansichten betrifft. In der jüngeren Zeit gab es heftige innenpolitische Auseinandersetzungen über den aktuellen Kurs einer sehr rechtsgerichteten Regierung. Zum Beispiel ist eine Kritik an ihrer expansiven Siedlungspolitik durchaus legitim.

7. Sind pro-palästinensische Demonstrationen verboten?

Demonstrationen sind nicht verboten, allerdings bestimmte Slogans und Äußerungen und z.B. das Verbrennen von Flaggen. Konkret ist es häufig schwierig für die Polizei, die legitime Meinungsäußerung von strafrechtlich relevanten Tatbeständen zu trennen.

Zu den Konfliktparteien:

8. Handelt es sich um eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen der Hamas und dem Staat Israel?

Deutlich zu unterscheiden ist zwischen einem Terroranschlag, der sich unterschiedslos gegen die Zivilbevölkerung richtet und militärischer Gewalt eines demokratischen Staates im Rahmen einer kriegerischen Auseinandersetzung. Jedoch auch in einem Krieg wird die Zivilbevölkerung häufig zu Opfern kriegerischer Gewalt, in dem aktuellen Konflikt in Gaza führt die Situation vor Ort zu besonders großem Leid unter der Zivilbevölkerung.

Die Hamas ist eine autoritäre, demokratisch nicht legitimierte islamistische Bewegung, deren Ziel ein islamischer Staat ist. Dieses Ziel wird mit Terrorakten und Gewalt gegen Israel ohne Rücksicht auf die eigene Bevölkerung verfolgt. Sie fühlt sich dabei nicht an internationale Regeln des humanitären Völkerrechts gebunden.

Genauere Informationen zum humanitären Völkerrecht und seiner Anwendung im aktuellen Konflikt finden sich hier:

<https://qantara.de/artikel/israelische-milit%C3%A4roffensive-gaza-welche-regeln-setzt-das-v%C3%B6lkerrecht>

9. *Trägt Israel durch seine Politik gegenüber den Palästinensern Verantwortung für den Anschlag der Hamas?*

Der Terroranschlag der Hamas ist auch nicht durch die Politik der gegenwärtigen Regierung gegenüber den Palästinensern zu rechtfertigen. Opfer waren jüdische Menschen jeden Alters, unbeteiligte Zivilisten, unter ihnen auch Palästinenser und ausländische Arbeitskräfte. Wenn die israelische Regierung für etwas Verantwortung trägt, dann dafür, dass sie nicht für den nötigen Schutz ihrer Bevölkerung gesorgt hat.

10. *Ist der Anschlag der Hamas nicht legitimer Widerstand?*

Nein, das Massaker ist keinesfalls Ausdruck von legitimen Widerstand. Der Anschlag richtete sich nicht gegen Militärs oder Sicherheitskräfte im Rahmen einer kriegerischen Auseinandersetzung, sondern unterschiedslos gegen alle Menschen, denen die Kämpfer der Hamas auf ihrem Weg in das israelische Kernland begegneten. Auch die Geiselnahmen verstoßen eklatant gegen internationales Recht.

-

11. *Vertritt die Hamas die Interessen der Palästinenser?*

Die Hamas ist 2006 durch eine Wahl im Gazastreifen an die Macht gekommen, seitdem regiert sie ohne demokratische Legitimation als autoritäres Regime, das auch mit Gewalt gegen Gegner im Innern vorgeht. Gleichzeitig stellt sie im Gazastreifen Versorgungsstrukturen sicher, so dass es kaum möglich ist, nichts mit der Hamas zu tun zu haben, wenn man dort lebt. Die Zivilbevölkerung nutzt sie als menschliche Schutzschilde für ihre fortgesetzten Attacken auf Israel. Ihr Ziel, einen autoritären islamischen Staat zu errichten, kann sicher keine Befreiung für die palästinensische Bevölkerung bedeuten. Weitere Informationen zur Hamas:

<https://qantara.de/artikel/geschichte-der-hamas%C2%A0-%C2%A0-der-unberechenbare-feind%C2%A0>

<https://qantara.de/artikel/nach-den-hamas-terrorangriffen-auf-israel-das-leiden-der-zivilbevölkerung-gaza>

12. *Sind Muslime antisemitisch?*

Grundsätzlich hatte der Islam in seiner Geschichte für Christen und Juden eine definierte Position vorgesehen, die in ihnen zwar keine gleichberechtigten, jedoch geschützte Minderheiten sah. Mit dem Ende des Osmanischen Reichs, dem Erstarken nationalistischer Bewegungen, dem Kampf gegen die Kolonialmächte und dem Entstehen politisch-islamischer Bewegungen erzeugte die Gründung des Staates Israel eine massive antijüdische und antisemitische Stimmung. Dies führte nicht nur zur Vertreibung großer Teile der jüdischen Bevölkerung in den arabischen Ländern, sondern auch zur Übernahme antisemitischer Stereotypen aus Europa. Bis heute sind diese Vorstellungen in weiten Teilen der arabischen Welt stark verbreitet. Der Gedanke einer muslimischen Solidarität geht dabei weit über den arabischen Raum hinaus. Vor diesem Hintergrund wurden auch Verse des Koran antijüdisch interpretiert.

Trotzdem ist es ein Vorurteil, muslimische Menschen unabhängig von konkreten Einstellungen als Antisemiten zu bezeichnen oder sogar den Islam als antijüdisch zu

bezeichnen. Auch hier sind es politische Kontexte, in denen die Religion instrumentalisiert wird, die solche Haltungen befördern.

13. Handelt es sich beim Nahostkonflikt um einen religiösen Konflikt?

Religion spielt zweifellos eine wichtige Rolle in der Konfliktdynamik, ist jedoch nur einer unter verschiedenen Aspekten.

Eine kurze Geschichte des Nahostkonflikts mit den politischen, territorialen und auch religiösen Aspekten findet sich hier: <https://www.lpb-bw.de/nahostkonflikt#c98248>
Ebenso findet sich auf dieser Seite eine Gegenüberstellung des israelischen und palästinensesischen Narrativs des Konflikts, indem die beiden unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungen aufgezeigt werden.

14. Wie kommt es, dass in vielen muslimischen Ländern so viele Menschen für die Palästinenser auf die Straße gehen?

Der Nahostkonflikt ist in einen größeren geopolitischen Zusammenhang einzuordnen. Die Identifikation großer Teile der arabischen und muslimischen Bevölkerung anderer Regionen mit den Palästinensern ist häufig in Verbindung mit der eigenen Kolonialgeschichte und einer Ideologie zu sehen, die den Staat Israel als Ausdruck kolonialistischer und imperialistischer Politik des Westens sieht. Schnell können sich diese Proteste auch gegen die eigene Regierung wenden, falls diese als pro-westlich angesehen wird.